



Zeit für echte Lohn- und Verteilungsgerechtigkeit

Pressemitteilung von Doris Achelwilm, 15. September 2020

„Auch 30 Jahre nach der Wende und gut 25 Jahre nach der Grundgesetzänderung für aktive Gleichberechtigung bestehen viele Ungleichheiten fast unverändert fort. Gleichstellung von Frauen und Männern, Ost und West? Weit gefehlt! Und es wird nicht besser, weil die Aufwertung der Sozial-, Gesundheits- und Erziehungsberufe kaum vorankommt, die Tarifbindung ausgedünnt und das Ehegattensplitting nicht angerührt wird. Die GroKo muss sich mehr für Entgeltgerechtigkeit und eine geschlechtergerechte Steuergesetzgebung interessieren, Minijobs in sozialversicherungspflichtige Arbeit überführen, familienpolitische Anreize für paritätische Elternmonate schaffen, Gleichstellungsgesetze schärfen und Zukunftsthemen zur gerechten Verteilung von Zeit, Familienarbeit und Geld auf die Tagesordnung setzen“, erklärt Doris Achelwilm, gleichstellungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zu der heute veröffentlichten Studie der Hans-Böckler-

Stiftung zum Stand der Gleichstellung von Männern und Frauen sowie West- und Ostdeutschland. Achelwilm weiter:

„Die Lohnlücke zwischen den Geschlechtern beträgt im Westen seit Jahren weit über 20 Prozent – bedingt u.a. durch schlechtere Bezahlung in Branchen mit hohem Frauenanteil und der hohen Teilzeiterwerbsquote von Frauen. In 75 Prozent der Familien aus Westdeutschland (heterosexuelle Paarkonstellation) arbeitet der Mann in Vollzeit und die Frau in Teilzeit. Hinter diesem Gefälle steckt ein ganzes Bündel nachteiliger Faktoren, von zu wenig Kita-Plätzen über das Ehegattensplitting bis zur Unterbewertung etwa von Pflegeberufen. Unter den laufenden Corona-Maßnahmen, die die strukturelle Situation von Frauen nicht beachten, haben sich diese Ungleichheiten noch weiter verschärft.

Im Osten ist das Geschlechtergefälle aufgrund allgemein schlechterer Löhne weniger ausgeprägt. Ein Drittel arbeitet für unter zwölf Euro Stundenlohn, bundesweit ist es ein Viertel der Menschen. Mehr als 40 Prozent der Ostdeutschen bekommen weniger als 1.000 Euro Rente, während im Westen die ausgeprägte Lohnlücke zwischen den Geschlechtern für massive Altersarmut besonders bei Frauen sorgt. Dass die Ungleichheit trotz aller Einsichten und Bekenntnisse wie in Stein gemeißelt ist, ist skandalös. An echter Lohn- und Verteilungsgerechtigkeit darf kein Weg mehr vorbei gehen.“